

Zwischen – und Endlagerung Kostenlawine mit drastischen Folgen

KRITISCHER

Alternative Statuskonferenz

9. November 2019 Hannover

Wolfgang Ehmke



Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung

- ▶ Am 3. Juli 2017 haben die Betreiber der 25 deutschen Atomkraftwerke **24,1 Mrd. Euro** in einen **Fonds** eingezahlt - für die **Zwischenlagerung** aller Abfallarten und die **Endlagerung** hochradioaktiver Abfälle und den Schacht Konrad.
- ▶ Basis für eine Stiftung des öffentlichen Rechts, die die langfristige Finanzierung der Endlagersuche, aber auch die Zwischenlagerung des deutschen Atommülls sicherstellen soll, ist das sogenannte **Entsorgungsfondsgesetz**.
- ▶ Der Fonds arbeitet sehr langfristig. Ziel ist es, **bis zum Jahr 2100** das Volumen durch Geldanlagen auf rund **169 Milliarden Euro** zu steigern, entsprechend der Kostenschätzungen der AKW-Betreiber, wovon auf das **HAW-Endlager nur 50,9 Mrd.** entfallen. Die Berechnungen gehen dabei von maximalen Kostensteigerungen von 1,9 Prozent pro Jahr aus.

Was soll bezahlt werden?

- ▶ Alle **Kosten des BfE**, die dem BfE bei der Aufgabenwahrnehmung als Behörde entstehen, werden zunächst aus dem Bundeshaushalt verauslagt. Dazu gehören als Teilmengen auch die Kosten, die dem BfE im Rahmen des **Standortauswahlverfahrens** sowie bei der **Errichtung des Endlagers Konrad** entstehen.
- ▶ Hinzu kommen die Kosten der bundeseigenen Firmen **Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE)** und **bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ)** – die BGE ist der Vorhabenträger bei der Endlagersuche und die BGZ ist zuständig für die Zwischenlager.
- ▶ **2018** wurden nach Angaben des Fonds folgende **Beträge gezahlt**: 3,7 Mio. Euro an das BfE, rd. 420 Mio. Euro an die BGE sowie rd. 110 Mio. Euro an die BGZ

Verlauf bisher

- ▶ Nach Angaben des Fonds wurden bisher **9 Milliarden Euro** investiert. Dabei sind die 24,1 Mrd. Euro schon geschrumpft, denn der Anlageerfolg beim Atommüll-Entsorgungsfonds wollte sich nicht einstellen. Sowohl auf der Aktien- als auch auf Anleihe-seite waren das im Jahr **2017** und **2018 ein sattes Minus**.
- ▶ Aktien im Fonds verloren 8,6 Prozent an Wert. Bei den Anleihen waren es im selben Zeitraum 3,2 Prozent. Der Grund ist die anhaltende **Niedrigzinspolitik** der Europäischen Zentralbank (EZB). Allein 2018 musste der Atomfonds rund 125 Millionen Euro an **Negativzinsen** an die Bundesbank respektive die EZB überweisen.
- ▶ Günstiger stellt sich der **Investitionsverlauf 2019** nach Angaben des Fonds dar. Die durchschnittliche Wertentwicklung auf das investierte Vermögen liege bei 6,2 Prozent.

Zahlenkorrektur

- ▶ **Ausgezahlt** wurden in den Jahren 2017 und 2018 an die BfE, BGE und BGZ bereits deutlich **mehr als 500 Millionen Euro**.
- ▶ Die 24,1 Mrd. Euro sind bereits **auf rund 23,5 Mrd. Euro geschrumpft**.



Grundlegende Berechnungsfehler

- ▶ **Die Gesamtkosten** eines derartigen Großprojekts wie die Endlagerung – Erkundung, Errichtung, Betriebs- und Nachbetriebsphase werden - so ist der Erfahrungswert - **explodieren**. Von anderen Großprojekten ist bekannt, dass es teilweise innerhalb weniger Jahre zur Verdoppelung der angesetzten Kosten kommt. Doch **alles, was über die 1,9 Prozent hinausgeht, ist durch den Fonds nicht abgedeckt**.

Schon jetzt ist klar, dass **die Zwischenlagerung länger** als die angesetzten 40 Jahre dauern und damit auch deutlich **mehr kosten** wird.

- ▶ Je höher die **Inflationsrate**, desto mehr wird von der jährlichen Rendite des Fonds wieder aufgefressen. Damit liegt die **Wertsteigerung deutlich unter dem notwendigen Maß**.



„Warth & Klein Grant Thornton“

- ▶ Selbst im vom BMWi in Auftrag gegebenen Gutachten von „Warth & Klein Grant Thornton“ vom 09.10.2015 zur Bewertung der künftigen Entsorgungsverpflichtungen im Kernenergiebereich werden **große Risiken der Kostenermittlung** hervorgehoben.
- ▶ Denn die Kostenschätzung ist nicht nur veraltet, sondern auch unvollständig. So fehlt z.B. **der Kostenfaktor „Rückholbarkeit des Abfalls“**: „Insbesondere führt die in manchen Ländern vorgesehene Rückholbarkeit des Abfalls zu deutlich höheren Kosten als das deutsche Endlagerkonzept“ /53/.

Was kommt auf die Gesellschaft zu?

- ▶ Da es bisher **keine Nachschusspflicht der Stromkonzerne** gibt, wird die Ausgestaltung der Endlagersuche, aber auch die notwendige Forschung am Ende von Haushaltsberatungen bestimmt.
- ▶ Bei **klammen Kassen** wird es heftige **Verteilungskämpfe** zwischen allen Ressorts geben – zu befürchten ist in der Folge eine **„Endlagersuche light“**.

Die Möglichkeit von **Rücksprüngen** wird **beschränkt** sein. **Erhebliche Abstriche bei Forschungsaufträgen** sind zu befürchten, das Geld für eine **notwendige finanzielle Ausstattung** von Kommunen, Umweltgruppen und Einzelpersonen, die zu Teilgebiets- und Regionalkonferenzen eingeladen werden und auf Augenhöhe mitreden und Entscheidungen treffen sollen, **wird fehlen**.



Zwischenlagerung: Sicherheit wird klein geschrieben

- ▶ Kommt der **Betriebsbeginn für die Endlagerung** hochradioaktiver Abfälle - wie zu erwarten ist - **ins Rutschen, steigen** gleichzeitig auch **die Kosten für** die oberirdischen **Zwischenlagerung** der Abfälle, für die die bundeseigene Gesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) zuständig ist.

Realistisch ist, nicht mehr von 40 Jahren, sondern von **100 Jahren** Zwischenlagerung auszugehen.

Bei klammen Kassen des Bundes heißt es, dass mit **Abstrichen bei der Sicherheit und Sicherung von Zwischenlagerung** zu rechnen ist.



Endlagerung: Kein Neustart

- ▶ Infrage steht auch ein **Neustart** bei der **Suche nach einem Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle**, denn der Schacht Konrad muss endlich fallen gelassen werden.
- ▶ Gefährdet ist vor allem eine **breit angelegte, vergleichende untertägige Untersuchung mehrerer Standorte aller Wirtsgesteine** in der Schlussphase der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle.
Rücksprünge oder ein Schwenk zu **Alternativen** wie das **Deep-Borehole-Verfahren** statt der Bergwerkslösung werden obsolet.
- ▶ Und natürlich wächst damit auch die Gefahr, dass auf das **Bergwerk im Salzstock Gorleben** jeder Zeit **wieder zurückgegriffen** werden kann.

Nachverhandeln! Keine Endlagersuche „light“!

- ▶ Die **Endlagersuche für alle Arten von Atommüll** wird wie ein **Kartenhaus zusammenbrechen**: Das Festhalten am Schacht Konrad ist vergeudete Zeit.
- ▶ **Gorleben muss aufgegeben werden**, denn solange das sogenannte Erkundungsbergwerk im Rennen ist, bleibt es der **Notnagel** – schön billig in jeder Beziehung.
Keine Zeit, **kein Geld**, keine Mitsprache auf Augenhöhe – das provoziert gerade zu den **Protest an potentiellen neuen Standorten**.
- ▶ Aufgabe der Regierungsparteien und der Opposition ist es, die **Zuschusspflicht der Konzerne nachzuverhandeln, z.B. in Form von Abgaben oder einer Sondersteuer!**

Ausblick

